



INSOLVENZEN IN DEUTSCHLAND

1. Halbjahr 2021

INHALT

SEITE

1	Insolvenzgeschehen	1
1.1	Die Insolvenzzahlen für Deutschland im 1. Halbjahr 2021	1
1.2	Verluste und Schäden durch Insolvenzen	5
1.3	Entwicklung in den Bundesländern	6
1.4	Insolvenzen nach Rechtsformen	7
1.5	Insolvenzen nach Unternehmensgröße und Alter	8
1.7	Insolvenzen in den Wirtschaftsbereichen	11
1.8	Die wichtigsten Insolvenzen	14
2	Sonderthema: Gewinnmargen deutscher Unternehmen	17
3	Zusammenfassung	19

■ 1 Insolvenzgeschehen

1.1 Die Insolvenzzahlen für Deutschland im 1. Halbjahr 2021

Nachdem die Konjunktur im ersten Vierteljahr 2021 nochmals stark unter dem Eindruck der Corona-Pandemie stand und Deutschland abermals einen Wachstumseinbruch verzeichnete (BIP: minus 1,8 Prozent), verstärkten sich in den letzten Wochen die Hoffnungszeichen auf eine wirtschaftliche Erholung. Aufgrund der zunehmenden Erfolge bei der Impfkampagne und den Virus-Eindämmungsmaßnahmen konnten erste Lockerungen umgesetzt werden. Die Bundesregierung rechnet nun mit einem Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr von 3,5 Prozent. Allerdings hat die Pandemie zu Verwerfungen geführt, die einer schnellen Rückkehr zum Vorkrisenniveau entgegenstehen, etwa enorme Preissteigerungen und Knappheit bei Materialien und Rohstoffen.

Die Entwicklung der Insolvenzzahlen wurde in den ersten sechs Monaten 2021 stark von der Corona-Hilfspolitik der Bundesregierung beeinflusst. Erst Ende April lief die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht aus, die im vergangenen Jahr eingeführt wurde, um eine Pleitewelle zu verhindern. Die Finanzhilfen für Unternehmen und Branchen sollen weiter verlängert werden. Ein „normales“ Insolvenzgeschehen war so auch im ersten Halbjahr 2021 nicht gegeben. Zudem hatte der Gesetzgeber eine Reform des Verbraucherinsolvenzrechts zum 01. Oktober 2020 beschlossen, die Privatpersonen eine schnellere Restschuldbefreiung ermöglicht. Ein Abwarte-Effekt hatte die Insolvenzzahlen im vergangenen Jahr gedrückt, aktuell löst sich dieser Stau und die Zahl der Verbraucherinsolvenzen steigt zeitweise stark. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist insofern nur eingeschränkt möglich.

Im 1. Halbjahr 2021 war ein Zuwachs bei der Zahl der Verbraucherinsolvenzen um 62,9 Prozent festzustellen. 46.000 private Verbraucher erklärten ihre Zahlungsunfähigkeit und stellten einen Insolvenzantrag. Im Vorjahreszeitraum waren es noch 28.240 Fälle.

Politische Maßnahmen bestimmen das Insolvenzgeschehen

Zum Vergleich: Die Fallzahlen in den Monaten Januar bis Juni 2021 entsprechen in etwa dem gesamten Jahresaufkommen 2020.

Neben dem Effekt des geänderten Verbraucherinsolvenzverfahrens dürfte die Corona-Krise eine vergleichsweise geringe Rolle beim aktuellen Anstieg der Privatinsolvenzen spielen. Die Arbeitslosenzahlen waren zwar infolge der Krise gestiegen – zuletzt zeigten sich aber wieder Anzeichen einer Besserung. Im Mai 2021 waren die Arbeitslosenzahlen niedriger als im Vorjahresmonat.

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamtinsolvenzen	Unternehmensinsolvenzen	Verbraucherinsolvenzen	sonstige Insolvenzen
2012	150.810 - 5,5 %	28.720 - 4,6 %	98.050 - 5,0 %	24.040 - 8,3 %
2013	141.590 - 6,1 %	26.120 - 9,1 %	91.360 - 6,8 %	24.110 + 0,3 %
2014	135.020 - 4,6 %	24.030 - 8,0 %	86.460 - 5,4 %	24.530 + 1,7 %
2015	127.570 - 5,5 %	23.180 - 3,5 %	80.220 - 7,2 %	24.170 - 1,5 %
2016	122.590 - 3,9 %	21.560 - 7,0 %	77.260 - 3,7 %	23.770 - 1,7 %
2017	115.710 - 5,6 %	20.140 - 6,6 %	71.960 - 6,9 %	23.610 - 0,7 %
2018	109.930 - 5,0 %	19.410 - 3,6 %	67.740 - 5,9 %	22.780 - 3,5 %
2019	104.360 - 5,1 %	18.830 - 3,0 %	62.810 - 7,3 %	22.720 - 0,3 %
2020 Hj.	47.970 - 10,6 %	8.950 - 7,6 %	28.240 - 14,2 %	10.780 - 2,6 %
2020	76.730 - 26,5 %	16.040 - 14,8 %	42.300 - 32,7 %	18.390 - 19,1 %
2021 Hj. *)	65.700 + 37,0 %	8.800 - 1,7 %	46.000 + 62,9 %	10.900 + 1,1 %

*) von Creditreform geschätzt

Bei den Unternehmen kam es im 1. Halbjahr 2021 abermals zu einem Rückgang der Insolvenzzahlen. Es wurden bundesweit 8.800 Unternehmensinsolvenzen registriert, ein Minus von 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum (8.950 Fälle). Die Wiedereinführung der Insolvenzantragspflicht macht sich bislang in der Statistik noch nicht bemerkbar.

Insgesamt waren die wirtschaftlichen Bedingungen für die Unternehmen in den zurückliegenden Monaten angespannt. Staatliche Corona-Hilfsmaßnahmen konnten offenbar einen akuten Insolvenzanstieg verhindern. Zudem dürfte die Reform des Verbraucherinsolvenzrechts einen Einfluss auf die Statistik

der (kleinen) Unternehmensinsolvenzen haben, da ein vereinfachtes Insolvenzverfahren auch bei unternehmerisch Selbstständigen bei überschaubaren Vermögensverhältnissen möglich ist.

Die Gesamtzahl der Insolvenzen in Deutschland lag mit 65.700 Fällen im 1. Halbjahr 2021 deutlich über dem Niveau des Vorjahreszeitraums (1. Halbjahr 2020: 47.970 Fälle). Das ist der höchste Halbjahreswert seit 2014.

Exkurs: Neues Verbraucherinsolvenzrecht

Seit dem 01. Oktober 2020 ist das „**Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens**“ in Kraft. Die Neuregelung enthält für Verbraucher eine Reihe von Erleichterungen. Die offensichtlich wichtigste: Für beantragte Insolvenzverfahren gilt nun eine drei- statt bisher sechsjährige Wohlverhaltensperiode vor einer Restschuldbefreiung. Vor dem 01. Oktober beantragte Restschuldbefreiungsverfahren sollen schrittweise verkürzt werden. Zudem wird auf die Deckung der Verfahrenskosten oder die Erfüllung von Mindestbefriedigungsanforderungen künftig verzichtet. Tätigkeitsverbote, die allein aufgrund der Insolvenz des Schuldners ergangen sind, werden nach Erteilung der Restschuldbefreiung automatisch außer Kraft treten. Auch dieser Passus soll den wirtschaftlichen Neustart für überschuldete Verbraucher erleichtern. Einige Verbraucherpflichten, wie das Bemühen um eine Erwerbstätigkeit, bleiben bestehen. Während der Wohlverhaltensphase erlangtes Vermögen wird stärker als bisher herangezogen werden.

Erleichterungen für überschuldete Verbraucher

Die Gesetzesnovelle setzt eine EU-Richtlinie in deutsches Recht um, geht mit der Einbeziehung von privaten Verbrauchern aber über die EU-Maßgabe hinaus, die lediglich für unternehmerisch tätige Personen vorgesehen war. Zudem soll das neue Verbraucherinsolvenzrecht Schuldner, die aufgrund der Corona-Pandemie in Zahlungsnot geraten sind, bei einem wirtschaftlichen Neuanfang helfen.

Bei Gläubigerschützern fand der Gesetzesentwurf ein geteiltes Echo: So könne sich die deutliche Verkürzung der Wohlverhaltensphase negativ auf die Mentalität des „Schuldenmachens“ auswirken. Schon jetzt seien viele Bundesbürger überschuldet oder wiesen nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Die geplante Verkürzung der Speicherung von Schuldnerinformationen sei kontraproduktiv. Gerade die Speicherfristen würden Betroffene vor erneuter Überschuldung schützen. Nun sei die Gefahr einer erneuten Überschuldung höher. Für den Fall einer erneuten Insolvenz hat der Gesetzgeber gleichwohl eine Sperrfrist für die Restschuldbefreiung von elf Jahren einge-zogen (bisher zehn Jahre). Zudem wird das Restschuldbefreiungsverfahren in diesem Falle auf fünf Jahre verlängert.

Zunächst ist das neue Verbraucherinsolvenzrecht bis 2025 befristet. Im Vorfeld soll die Bundesregierung über die Auswirkungen der Verfahrensverkürzung – beispielsweise auf das Zahlungsverhalten von Verbrauchern – Bericht erstatten. Auch die Bewertung der Speicherung insolvenzbezogener Daten durch Auskunfteien für einen wirtschaftlichen Neustart nach der Restschuldbefreiung soll Gegenstand des Regierungsberichts sein.

Nachdem bekannt wurde, dass der Gesetzgeber Erleichterungen für überschuldete Verbraucher plane, warteten viele betroffene Verbraucher mit dem Insolvenzantrag. Entsprechend war vor allem in der zweiten Jahreshälfte 2020 ein deutlicher Rückgang derartiger Insolvenzanträge zu verzeichnen. Nachdem der Deutsche Bundestag dem Gesetzesentwurf Ende Dezember 2020 schließlich zustimmte und damit der Beschlussempfehlung des zuständigen Bundestagsausschusses folgte, kam es seit Jahresbeginn 2021 erwartungsgemäß zu einem „Run“ auf die Amtsgerichte und die Zahl der Anträge auf Restschuldbefreiung schoss in die Höhe.

1.2 Verluste und Schäden durch Insolvenzen

Die Insolvenzscha'den fu'r die Gläubiger infolge von Unternehmensinsolvenzen waren im vergangenen Jahr enorm in die Höhe geschne'llt – auf den höchsten Stand seit der Weltfinanzkrise 2008/09. Grund waren vermehrte Großinsolvenzen bei einem insgesamt rückläufigen Insolvenzgeschehen. Im 1. Halbjahr 2021 hatte sich dieser Trend wieder leicht abgeschwächt. Schätzungsweise summierten sich die Gläubigerscha'den auf 12,0 Mrd. Euro (1. Halbjahr 2020: 15,6 Mrd. Euro). Im Durchschnitt betrug das Volumen der ausfallbedrohten Forderungen somit rund 1,4 Mio. Euro pro Insolvenzfall. Das ist ein geringerer Wert als im Vorjahr, liegt aber höher als in früheren Jahren. Für den Fall, dass in den nächsten Monaten größere Unternehmensinsolvenzen hinzukommen sollten, ist entsprechend mit einem Anstieg der Gläubigerscha'den zu rechnen.

Gläubiger verlieren bei Insolvenz ebenfalls

Tab. 2: Insolvenzscha'den¹ bei Unternehmensinsolvenzen in Deutschland (Mrd. Euro)

■	Gesamtscha'den	Forderungsverluste je Insolvenzfall in TEUR
2012	38,5	1.341
2013	26,9	1.030
2014	26,1	1.086
2015	19,6	846
2016	27,5	1.276
2017	27,1	1.346
2018	20,1	1.036
2019	23,5	1.248
2020 Hj.	15,6	1.743
2020	41,8	2.606
2021 Hj. *)	12,0	1.364

*) von Creditreform geschätzt

¹ Da ein Teil der Forderungen von den Gläubigern verspätet oder gar nicht angezeigt werden, muss die Schadenssumme als Schätzung verstanden werden. Gleichzeitig können Gläubigerforderungen im Verlauf des Insolvenzverfahrens noch ganz oder teilweise befriedigt werden. Allerdings zeigen einschlägige Untersuchungen, dass Gläubiger meist weitgehend leer ausgehen und auf einen Großteil ihrer Forderungen verzichten müssen.

Großinsolvenzen führten im vergangenen Jahr zu einem merklichen Anstieg bei den Arbeitsplatzverlusten. Im 1. Halbjahr 2021 waren allerdings deutlich weniger Arbeitnehmer von der Insolvenz der Firma betroffen. Insbesondere Großinsolvenzen beeinflussen diesen Wert stark. Schätzungsweise sind bei diesen insolvenzreifen Unternehmen und deren Umfeld 90.000 Arbeitsplätze bedroht oder bereits weggefallen. Im Vorjahreszeitraum waren es 125.000.

Tab. 3: Von Insolvenz betroffene Arbeitsplätze

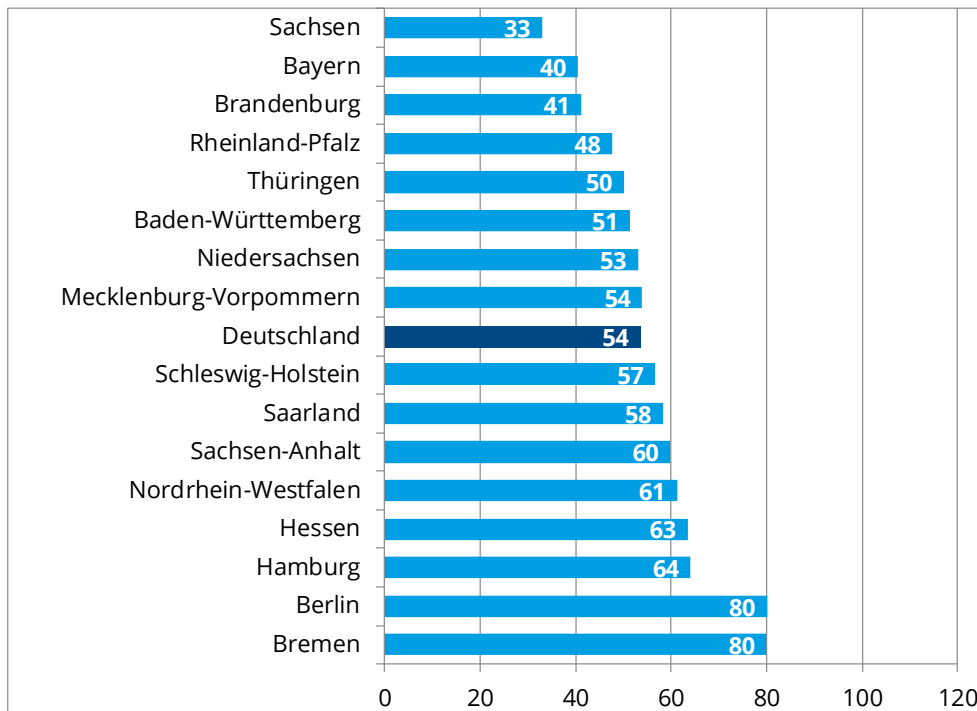
■	Anzahl der Personen	Veränderung zum Vorjahr in Prozent
2012	346.000	+ 46,6
2013	285.000	- 17,6
2014	264.000	- 7,4
2015	225.000	- 14,8
2016	218.000	- 3,1
2017	203.000	- 6,9
2018	188.000	- 7,4
2019	218.000	+ 16,0
2020 Hj.	125.000	- 3,8
2020	332.000	+ 52,3
2021 Hj. *)	90.000	- 28,0

*) von Creditreform geschätzt

1.3 Entwicklung in den Bundesländern

Die Insolvenzbetroffenheit weist weiterhin deutliche regionale Unterschiede auf. Auf der Ebene der Bundesländer reicht die Spanne der Insolvenzquoten (Insolvenzen je 10.000 Unternehmen) von 80 in Bremen und Berlin bis 33 in Sachsen. Unter dem Durchschnitt liegt die Insolvenzquote auch in Bayern (40) und Brandenburg (41). Vergleichsweise hoch ist die Insolvenzbetroffenheit der Unternehmen in Hamburg. Regionale Branchenstrukturen sowie abweichende Altersgefüge der Unternehmen sind für die unterschiedlichen Insolvenzquoten mitverantwortlich.

**Abb. 1: Insolvenzquoten in den Bundesländern
im 1. Halbjahr 2021**



Insolvenzen je 10.000 Unternehmen; Hochrechnung auf Basis 1. Halbj.
Quelle: Creditreform Datenbank u. Umsatzsteuerstatistik

1.4 Insolvenzen nach Rechtsformen

Einzelunternehmen und kleine Gewerbebetriebe stellen weiterhin die größte Gruppe am Insolvenzgeschehen. Im bisherigen Jahresverlauf kommt diese Gruppe auf einen Anteil von 43,7 Prozent – ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die GmbH ist anteilmäßig ähnlich stark vertreten wie im Vorjahr (2021: 38,6 Prozent; 2020: 38,7 Prozent). Stärker repräsentiert in der Insolvenzstatistik sind indes Unternehmen der Rechtsform UG (haftungsbeschränkt). Deren Anteil stieg zuletzt von 8,5 auf 10,8 Prozent. Das ist ein deutlich höherer Anteil als am gesamten Unternehmensbestand.

UG weiter stark betroffen

Tab. 4: Insolvenzen nach Rechtsformen im 1. Halbjahr 2021

■	Deutschland
Gewerbebetrieb / Einzelunternehmen / Freie Berufe	43,7 (45,5)
GmbH	38,6 (38,7)
UG (haftungsbeschränkt)	10,8 (8,5)
GmbH & Co. KG	4,2 (4,1)
GbR	0,6 (1,1)
sonstige Rechtsformen	0,6 (0,6)
Verein	0,4 (0,6)
AG	0,5 (0,4)
KG	0,2 (0,2)
OHG	0,1 (0,2)
eG	0,1 (0,1)

Anteile in Prozent; () = Vorjahresangaben

Quelle: Creditreform Datenbank

1.5 Insolvenzen nach Unternehmensgröße und Alter

Weniger Großinsolvenzen

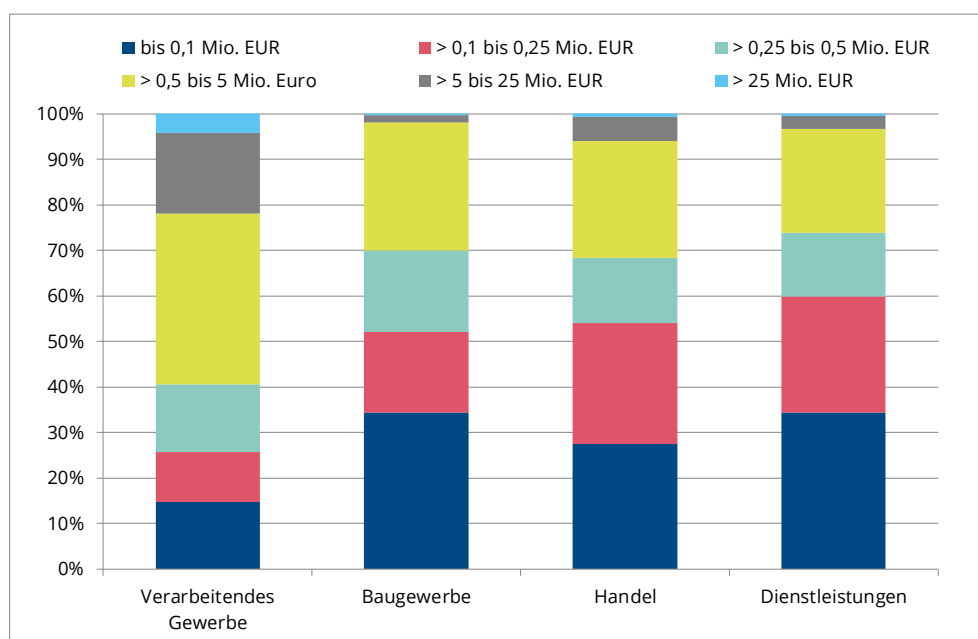
Rückläufig war das Insolvenzgeschehen im 1. Halbjahr 2021 insbesondere bei mittleren und größeren Unternehmen, während die Insolvenzzahlen bei sehr kleinen Firmen zuletzt stiegen. So erhöhte sich der Anteil der insolventen Unternehmen bis zu einer Umsatzgröße von 250.000 Euro auf 54,1 Prozent (Vorjahr: 46,8 Prozent). Großunternehmen mit Umsätzen von mehr als 25 Mio. Euro im Jahr machten hingegen nur einen Bruchteil des Insolvenzgeschehens aus (0,9 Prozent). Anscheinend machen sich konjunkturelle Erholung sowie staatliche Hilfen bei größeren Unternehmen, die im Vorjahr noch deutlich unter „Corona-Schock“ standen, positiv bemerkbar. Damals gab es viele bedeutende Ausfälle (z. B. GALERIA Karstadt-Kaufhof und verschiedene Modehändler) zu verzeichnen. Mittlerweile hat sich das Insolvenzgeschehen in dieser Größenklasse wieder entspannt.

Tab. 5: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen im 1. Halbjahr 2021 *) in Deutschland (in Mio. Euro)

■	Absolut	%-Anteil	%-Veränderung zum Vorjahr
bis 0,1	2.730 (2.430)	31,0 (27,2)	+ 12,3
> 0,1 – 0,25	2.030 (1.750)	23,1 (19,6)	+ 16,0
> 0,25 – 0,5	1.300 (1.430)	14,8 (16,0)	- 9,1
> 0,5 – 5,0	2.260 (2.790)	25,7 (31,2)	- 19,0
> 5,0 – 25,0	400 (430)	4,5 (4,8)	- 7,0
> 25,0 – 50,0	50 (80)	0,6 (0,9)	- 37,5
> 50,0	30 (40)	0,3 (0,4)	- 25,0

*) Umsätze teilweise geschätzt; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank

Abb. 2: Umsatzgröße insolventer Unternehmen in den Hauptwirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2021



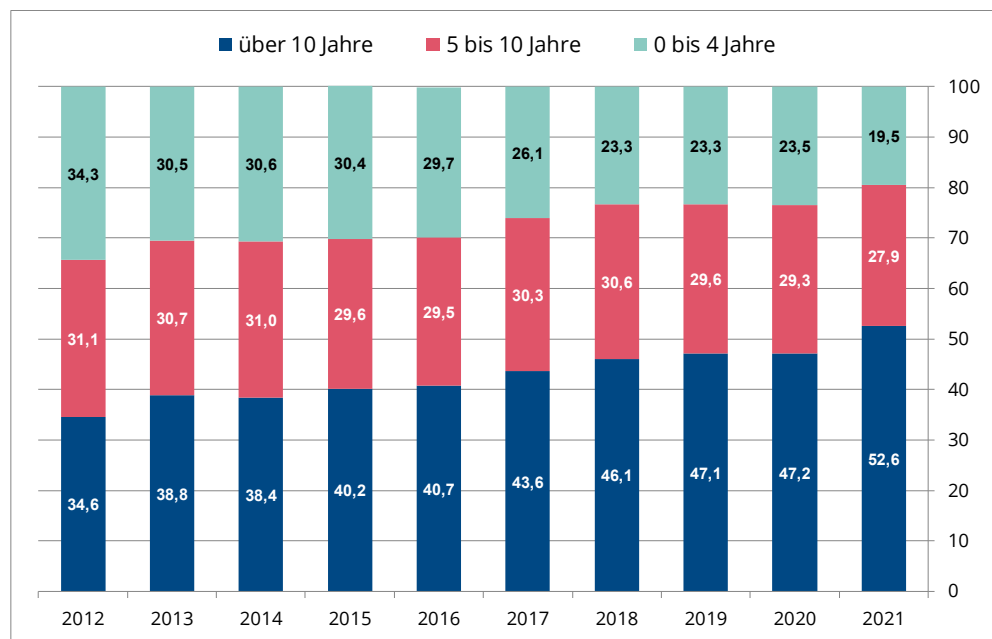
Quelle: Creditreform Datenbank

Deutliche Unterschiede in der Betroffenheit von kleinen respektive größeren Unternehmen existieren weiterhin in den Wirtschaftsbereichen. So dominieren im Baugewerbe und im Dienstleistungssektor die Kleinstinsolvenzen. Im Verarbeitenden Gewerbe spielte sich ein größerer Teil des Insolvenzgeschehens in der Umsatzgrößenklasse bis 5 Mio. Euro ab.

Insolvente Unternehmen waren im bisherigen Jahresverlauf älter als in früheren Jahren. 52,6 Prozent

der betroffenen Unternehmen und damit jedes zweite waren zum Zeitpunkt der Insolvenz bereits mehr als 10 Jahre am Markt gewesen. 2012 traf das nur auf gut ein Drittel (34,6 Prozent) zu. Entsprechend sind vergleichsweise wenig junge Unternehmen von der Insolvenz betroffen (1. Halbjahr 2021: 19,5 Prozent).

Abb. 3: Insolvenzen nach Unternehmensalter (jeweils 1. Halbjahr)



Anteile in Prozent; Quelle: Creditreform Datenbank

**Corona-Effekt:
Weniger Gründungen =
weniger Insolvenzen?**

Aktuell sind die Insolvenzzahlen lediglich bei älteren Unternehmen (> 10 Jahre) steigend (plus 9,7 Prozent). Größere und deutlichere Rückgänge der Insolvenzzahlen verzeichneten sehr junge Unternehmen (0 bis 2 Jahre: minus 16,3 Prozent bzw. 3 bis 4 Jahre: minus 20,8 Prozent). Dabei dürfte sich hier der Corona-bedingte Einbruch im Gründungsgeschehen bemerkbar gemacht haben. Im vergangenen Jahr hatte insbesondere die wirtschaftliche Unsicherheit zugenommen. Infolgedessen hatten Existenzgründer ihre Entscheidung aufgeschoben. Jüngere Jahrgänge sind bei Unternehmen daher weniger stark besetzt. So kam es in der Altersgruppe „0 bis 2 Jahre“ aktuell zu insgesamt nur 720 Insolvenzen. Zum Vergleich: Im 1. Halbjahr 2016 waren es in dieser Altersgruppe noch 1.560.

**Tab. 6: Insolvenzen nach Unternehmensalter im
1. Halbjahr 2021**

■	absolut	%-Anteil	%-Veränderung zum Vorjahr
0 bis 2 Jahre	720 (860)	8,2 (9,6)	- 16,3
3 bis 4 Jahre	990 (1.250)	11,3 (14,0)	- 20,8
5 bis 6 Jahre	980 (1.040)	11,1 (11,6)	- 5,8
7 bis 8 Jahre	800 (860)	9,1 (9,6)	- 7,0
9 bis 10 Jahre	680 (720)	7,7 (8,0)	- 5,6
über 10 Jahre	4.630 (4.220)	52,6 (47,2)	+ 9,7

() = Vorjahresangaben; Quelle: Creditreform Datenbank

1.7 Insolvenzen in den Wirtschaftsbereichen

Die wirtschaftlichen Verwerfungen im Zuge der Corona-Pandemie machen sich in einigen Bereichen im Insolvenzgeschehen bemerkbar. So verzeichnete der Handel, der lange Zeit unter dem Lockdown zu leiden hatte, einen leichten Anstieg der Insolvenzfälle (plus 3,8 Prozent). 21,8 Prozent aller registrierten Insolvenzen des 1. Halbjahres 2021 betrafen damit Unternehmen aus dem Handel. Den größten Anteil weist aber wiederum der Dienstleistungssektor auf (58,2 Prozent), der ebenfalls leicht steigende Zahlen verzeichnete (plus 0,2 Prozent). Deutlich rückläufig waren die Insolvenzen hingegen im Verarbeitenden Gewerbe (minus 23,6 Prozent). Dieser Befund deckt sich mit dem Resultat, dass weniger stark als noch im Vorjahr mittlere und größere Firmen unter den Insolvenzkandidaten zu finden sind. Auch das Baugewerbe verzeichnete in den ersten Monaten des laufenden Jahres ein abgeschwächtes Insolvenzgeschehen (minus 4,7 Prozent).

Tab. 7: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2021 *)

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen	%-Veränderung gegenüber dem Vorjahr
Verarb. Gewerbe	550 (720)	6,3 (8,0)	- 23,6
Baugewerbe	1.210 (1.270)	13,8 (14,2)	- 4,7
Handel	1.920 (1.850)	21,8 (20,7)	+ 3,8
Dienstleistungen	5.120 (5.110)	58,2 (57,1)	+ 0,2

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahresangaben

Quelle: Creditreform Datenbank

Die Insolvenzquote (Insolvenzen je 10.000 Unternehmen) verringerte sich im Baugewerbe von 69 auf 66 und im Verarbeitenden Gewerbe von 34 auf 26. Gleichwohl bleibt die Insolvenzquote im Baugewerbe nach wie vor am höchsten. Unverändert zeigt sich die Insolvenzquote im Dienstleistungssektor (54 Insolvenzen je 10.000 Bestandsunternehmen). Leicht gestiegen ist die Insolvenzbetreffenheit im Handel von 63 auf 65.

Tab. 8: Insolvenzquoten nach den Hauptwirtschaftsbereichen in Deutschland im 1. Halbjahr 2021

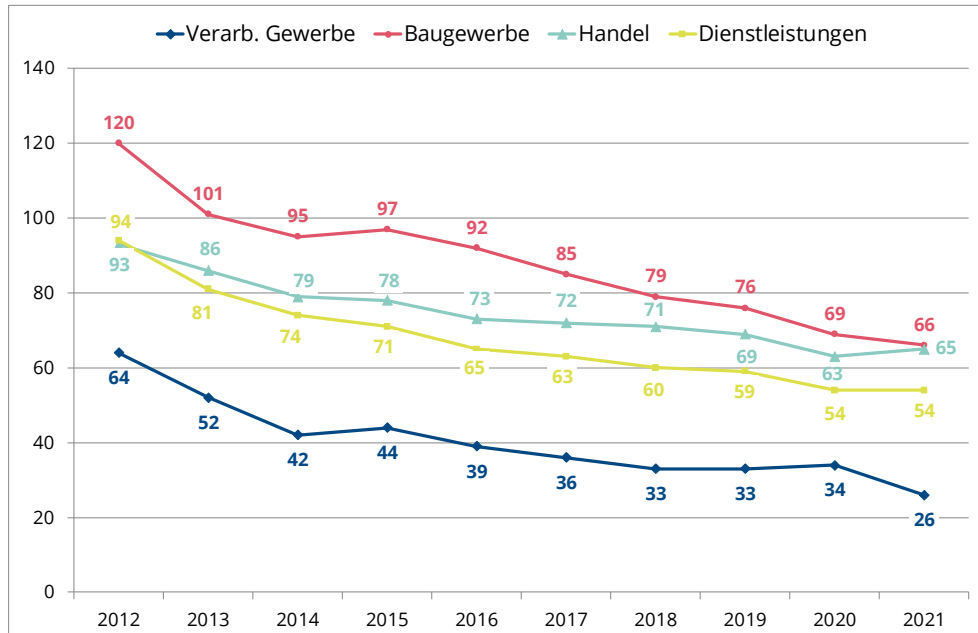
■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	26 (34)
Baugewerbe	66 (69)
Handel	65 (63)
Dienstleistungen	54 (54)
Gesamt	54 (55)

() = Vorjahresangaben; Quelle: Creditreform Datenbank und Umsatzsteuerstatistik

Nach einigen Jahren eines nur langsamen Rückgangs der Insolvenzquote im Verarbeitenden Gewerbe hat sich der Trend zuletzt wieder verstärkt. Nur noch 26 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen wurden gemessen. Fortgesetzt hat sich die Entspannung im Baugewerbe. Gegenüber der Situation im Jahr 2012 hat sich die Insolvenzquote nahezu halbiert. Weniger stark ausgeprägt war die rückläufige Entwicklung der

Quote in den letzten Jahren im Handel. Zuletzt nahm die Insolvenzquote wieder zu.

Abb. 4: Insolvenzquoten nach Hauptwirtschaftsbereichen (jeweils 1. Halbjahr)



Quelle: Creditreform Datenbank und Umsatzsteuerstatistik

Tab. 9: Risikobehaftete Branchen in Deutschland im 1. Halbjahr 2021

	Anzahl gefährdeter Betriebe je 10.000 Unternehmen
Abbrucharbeiten	393
Sonstige Überlassung von Arbeitskräften	366
Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste	361
Private Wach- und Sicherheitsdienste	357
Umzugstransporte	355
Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons (u. ä.)	334
Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln (a. n. g.)	316
Allgemeine Gebäudereinigung	300
Sonstige getränkegeprägte Gastronomie	283
Spielhallen und Betrieb von Spielautomaten	281

In die Analyse einbezogen wurden nur Branchen mit mehr als 1.000 Betrieben. Quelle: Creditreform Datenbank

1.8 Die wichtigsten Insolvenzen

Im Gegensatz zum ersten Corona-Jahr 2020 fiel die Betroffenheit von Großunternehmen im laufenden Jahr deutlich geringer aus. Augenscheinlich haben viele Unternehmen bereits während des ersten Lockdowns die Notbremse gezogen. Eine Reihe prominenter Namen aus dem Handel waren darunter. Kleine Unternehmen versuchten hingegen häufig die Durststrecke zu überstehen – beispielsweise, indem auf private Reserven der Inhaber zurückgegriffen wurde. Aufgrund der langen Lockdown-Phase während der 2. und 3. Corona-Welle waren die Möglichkeiten aber zunehmend erschöpft. 2021 zeigt sich so in der Klasse der Klein- und Kleinstunternehmen ein ansteigender Insolvenztrend, während nur wenige größere Firmen betroffen waren.

Zu den wichtigsten Großinsolvenzen bisher zählt der Modehändler **Adler Modemärkte AG**, der bundesweit rund 150 Filialen besitzt. Das 1948 gegründete börsennotierte Unternehmen hatte im Januar 2021 einen Insolvenzantrag gestellt. Hintergrund war auch hier die Corona-Pandemie. Rund 3.600 Mitarbeiter sind betroffen.

Eine weitere Großinsolvenz betraf den Personaldienstleister **Brillant Gruppe** mit mehreren Tochterfirmen, darunter die MONDI Personalservice GmbH mit Sitz in Verden. Im Zuge der Corona-Krise war das Unternehmen in Schieflage geraten. Insgesamt beschäftigt der Personaldienstleister rund 3.000 Personen. Im Frühjahr wurde bekannt, dass ein Investor aus der Branche die Gruppe aus der Insolvenz übernimmt.

Anfang Januar wurde das Insolvenzverfahren des traditionsreichen Kranherstellers **Demag GmbH** aus Zweibrücken sowie dem weiteren Unternehmensstandort in Lauf eröffnet. Nach drei Monaten unter dem Schutzschirm konnte für das Unternehmen, bei dem noch rund 1.100 Mitarbeiter tätig sind, eine Lösung gefunden werden. Die zwei Standorte bleiben

erhalten, allerdings ist ein umfangreicher Personalabbau vorgesehen. Dafür verzichteten die Gläubiger auf einen Großteil ihrer Forderungen.

Gut 1.300 Beschäftigte sind von der Pleite des **Gesamthafenbetriebsvereins Bremen (GHBV)** betroffen. Damit zählt die Insolvenz zu den größten der ersten sechs Monate. Vorausgegangen waren Bemühungen um eine Restrukturierung, die letztlich aber scheiterten. In dem nun begonnenen Insolvenzverfahren ist der Abbau von Arbeitsplätzen vorgesehen.

In die Insolvenz musste auch die **KIEL Industrial Services AG**, eine Unternehmensgruppe aus dem Bereich Industrieservice und Rohrleitungsbau. Betroffen sind auch Tochterunternehmen wie die Kiel Montagebau GmbH, Nördlingen. Insgesamt hat die Unternehmensgruppe rund 1.200 feste Mitarbeiter. Der Geschäftsbetrieb konnte nach der Insolvenzmeldung im April zunächst aufrechterhalten werden. Mittlerweile läuft die Suche nach Investoren.

Auch ein Dienstleistungsunternehmen, die **Clean Garant Gebäudereinigung** Winkler GmbH aus Pferdsdorf, musste in die Insolvenz. Das Unternehmen ist auf Reinigungen (z. B. von Hotel-Fassaden) spezialisiert und hat rund 800 Beschäftigte.

Zu Beginn des Jahres musste der Fußballclub **KFC Uerdingen 05** Insolvenz anmelden. Der Verein, der seine erfolgreichste Zeit in den 80er und Anfang der 90er Jahre hatte und sogar DFB-Pokal-Sieger wurde, spielte in den letzten Jahren in der 3. Liga.

Auch in der Finanzbranche kam es 2021 zu einer Insolvenz. Betroffen war die **Greensill Bank AG** aus Bremen. Die Einlagensicherung musste einspringen und hat an die (privaten) Anleger bisher rund 2,7 Mrd. Euro ausgezahlt.

Die **Deutsche Confiserie Holding (DCH)**, die die aus Fußgängerzonen und Innenstädten bekannten Süßwarengeschäfte von **Arko, Eilles und Hussel** be-

treibt, beantragte Anfang des Jahres Insolvenz in Eigenregie. Bundesweit besitzt die Unternehmensgruppe rund 300 eigene Filialen.

Tab. 10: Große Unternehmensinsolvenzen in Deutschland im 1. Halbjahr 2021

■	Unternehmen	Geschäftszweck	Mitarbeiter
	Adler Modemärkte AG, Haibach	Herstellung, Vertrieb und Groß-/Einzelhandel von Textilien und Artikeln der Bekleidungsbranche, deren Im- und Export sowie die Erbringung von allen damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen	3.539
	MONDI Personalservice GmbH, Verden	Die Vermittlung und Überlassung von Personal und Arbeitnehmern an Dritte	1.500
	Gesamthafenbetriebsverein im Lande Bremen e. V., Bremen	Vereinszweck ist es, die vorhandenen Gesamthafenbetriebsarbeiter zusammenzufassen, sie auf die bremischen Häfen zweckmäßig und gerecht zu verteilen sowie sie im Rahmen der bestehenden Tarifverträge sozial zu betreuen. Der Verein verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke	1.300
	KIEL Industrial Services AG, Nördlingen	Bundesweit tätiges Unternehmen in den Bereichen Industrieservice und Rohrleitungsbau	1.200
	Tadano Demag GmbH, Zweibrücken	Entwicklung, Planung, Herstellung, Vertrieb und Handel von/mit Maschinen und Anlagen im Bereich Krantechnik sowie sonstigen gewerblichen Erzeugnissen des allgemeinen Maschinenbaus einschließlich Erwerb, Halten und Verwalten von Beteiligungen	1.100
	Clean Garant Gebäudereinigung Winkler GmbH, Pferdsdorf	Büro-, Industrie-, Fassaden-, Glas- und Unterhaltsreinigung sowie sämtliche Reinigungen im und am Gebäude, alle damit zusammenhängenden Arbeiten sowie die Beteiligung an gleichartigen Unternehmen und deren Ankauf	782
	MONDI GmbH Personaldienstleist. für Industrie, Büro und Handwerk, Verden	Die Überlassung von Arbeitnehmern sowie alle damit mittelbar und unmittelbar verbundenen Tätigkeiten. Weiterhin die Vermittlung von Arbeitnehmern an Dritte	760
	WFD GmbH Personaldienstleist., Verden	Gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung	741
	FLASH-WORKS GmbH, Ueckermünde	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben, Unternehmensberatung, Vermittlung von Aufträgen, Schlachten und Fleischverarbeitung, Logistik und Verpackung sowie Personaldienstleistungen	681

Quelle: Creditreform Datenbank

■ 2 **Sonderthema: Gewinnmargen deutscher Unternehmen**

Die Corona-Pandemie hat viele Wirtschaftsbereiche schwer getroffen. Trotz der beginnenden Konjunkturerholung werden die Folgen der Lockdown-Maßnahmen für die Wirtschaft auch noch in den nächsten Monaten spürbar sein. Zu erwarten ist damit eine Häufung von Gewerbeabmeldungen und Insolvenzen.

Wie stabil bzw. anfällig sind die Unternehmen in die Corona-Krise gegangen? Welche Einschnitte hat die Krise bereits in den Geschäftsbilanzen hinterlassen? Eine Auswertung der Bilanzen von rund 26.000 deutschen Unternehmen durch die Creditreform Wirtschaftsforschung zeigt nun erste Ergebnisse auf. Dabei liegt ein deutlich kleinerer Teil der Bilanzen bereits für das Jahr 2020 vor – der Großteil betrifft 2019. Die meisten Unternehmen – gerade im kleineren Mittelstand – empfinden die Publikation als lästige Pflicht, der sie erst zum letztmöglichen Zeitpunkt nachkommen. Es ist davon auszugehen, dass die bereits jetzt für 2020 hinterlegten Bilanzen eher positiv aussehen, weil die Unternehmen, gerade wenn sie nicht durch die Krise tiefe Spuren in der Rechnungslegung aufzuweisen hatten, ein starkes Interesse daran haben, sich mit ihren guten Zahlen und einer tadellosen Bonität zu präsentieren.

Demnach wies im Vorkrisenjahr 2019 mehr als jedes siebte Unternehmen (14,5 Prozent) eine negative Gewinnmarge auf. Die Umsatzerlöse konnten bei diesen Unternehmen die Kosten nicht decken. Denkbar schlechte Voraussetzungen in der Corona-Krise, wenn Unsicherheit und Liquiditätsengpässe vorherrschen. Weitere 27,2 Prozent der untersuchten Unternehmen hatten zwar eine positive, aber niedrige Gewinnmarge (bis maximal 5 Prozent). Bis zum Jahreswechsel 2019/2020 dürften die günstige Wirtschaftslage und jahrelange Niedrigzinsen für Finanzierungen Schwächen in der Rentabilität kaschiert haben. Während der Corona-Krise ist der Staat in die Bresche gesprungen, um Insolvenzen zu vermeiden. Auf

Viele Unternehmen schon vor der Krise unrentabel

Dauer ist eine betriebswirtschaftlich gesunde Struktur aber nur bei nachhaltiger Gewinnerzielung zu erreichen.

Als eher schwach rentabel lassen sich vor allem Unternehmen aus dem Sektor „Handel und Gastgewerbe“ bezeichnen. Mehr als jedes zweite Unternehmen aus diesem Wirtschaftsbereich (54,0 Prozent) ging mit einer Marge von höchstens 5,0 Prozent in die Corona-Pandemie. Die Rentabilitätsschwäche hat sich infolge der Corona-Pandemie im Geschäftsjahr 2020 tendenziell noch erhöht. Mittlerweile weisen 13,5 Prozent der Unternehmen aus der Branche eine negative Rendite auf. Im Baugewerbe ist der Anteil der gefährdeten Unternehmen deutlich niedriger (2020: 10,5 Prozent).

Tab. 11: Gewinnmargen *) in Deutschland

	negativ	bis 5 %	bis 10 %	bis 25 %	über 25 %
2019					
Verarbeitendes Gewerbe	14,5	26,0	28,0	26,7	4,8
Baugewerbe	11,7	20,6	27,7	26,9	13,1
Handel und Gastgewerbe	11,5	54,0	20,2	11,5	2,8
Dienstleistungs- und sonstiges Gewerbe	15,5	21,0	18,8	22,8	21,9
Gesamtwirtschaft 2019	14,5	27,2	21,0	21,9	15,4
2020					
Verarbeitendes Gewerbe	10,1	21,7	27,6	37,8	2,8
Baugewerbe	10,5	26,3	5,3	36,8	21,1
Handel und Gastgewerbe	13,5	52,2	18,0	11,8	4,5
Dienstleistungs- und sonstiges Gewerbe	18,0	13,9	17,2	28,3	22,6
Gesamtwirtschaft 2020	15,1	23,4	19,6	27,5	14,4

Quelle: Creditreform Datenbank; Angaben in Prozent der Unternehmen *) in Prozent basierend auf EBIT

Den höchsten Anteil an unrentablen Unternehmen weist das Dienstleistungsgewerbe auf, das sich gleichwohl sehr heterogen zeigt. Die Zahl der Betroffenen ist ebenfalls im Zuge der Wirtschaftskrise gestiegen (2019: 15,5 Prozent; 2020: 18,0 Prozent). Auf der anderen Seite lassen sich im Dienstleistungssektor sehr hohe Umsatzrenditen erwirtschaften; immerhin gut 22 Prozent der untersuchten Firmen schafften eine EBIT-Rendite von mehr als 25 Prozent.

Handel und Gastgewerbe fallen in dieser Hinsicht deutlich zurück. Weniger als 5 Prozent der Unternehmen erreichten eine solch hohe Gewinnmarge. Im Verarbeitenden Gewerbe herrschen derzeit vor allem Renditen im Bereich zwischen 10 und 25 Prozent vor.

Nach aktuellen Umfragen zur Ertragssituation – wie etwa die Creditreform Studie „Wirtschaftslage und Finanzierung im Mittelstand, Frühjahr 2021“ – dürften Gewinne und Renditen vieler Unternehmen weiter gesunken sein. Schuld ist der lange Lockdown bis in den April/Mai 2021. Danach verzeichneten vor allem Handel und Dienstleistungsgewerbe Ertragseinbußen.

Fazit: Die Corona-Krise hat schwere Folgen für die Gewinnsituation der deutschen Unternehmen, auch wenn die Insolvenzstatistik diesen Umstand aus den genannten Gründen nur unzureichend spiegelt. Negative oder kaum auskömmliche Gewinnmargen haben tendenziell zugenommen. Vermehrt lassen sich Unternehmen als ausfallgefährdet bezeichnen, insbesondere dann, wenn der Zeitraum, in dem keine Gewinne erzielt werden, anhält. Allein staatliche Hilfgelder können die Unternehmensfinanzierung nicht aufrechterhalten. Die weitere Entwicklung der Insolvenzzahlen in Deutschland dürfte vor diesem Hintergrund nur eine Richtung kennen – nach oben.

■ 3 Zusammenfassung

Sonderfaktoren beeinflussten im 1. Halbjahr 2021 das Insolvenzgeschehen in Deutschland. Bei den Unternehmen wirken die staatlichen Corona-Hilfsmaßnahmen nach, insbesondere die Aufhebung der Insolvenzanzeigepflicht bei Überschuldung, die bis April in Kraft war. Somit bleibt das Insolvenzgeschehen bei den Unternehmen weiter rückläufig. Im 1. Halbjahr 2021 waren 8.800 Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen. Das war ein Rückgang um 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum (1. Halbjahr 2020: 8.950).

Eine Änderung des Verbraucherinsolvenzrechts, die zum Jahresende 2020 den Bundestag passierte, brachte deutliche Erleichterungen für überschuldete Privatpersonen – insbesondere eine Verkürzung der Restschuldbefreiung auf drei Jahre. Dementsprechend schnellte die Zahl der Verbraucherinsolvenzen seit Jahresbeginn deutlich nach oben. 46.000 solcher Insolvenzfälle wurden allein im 1. Halbjahr 2021 verzeichnet. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (28.240 Fälle) ist das ein deutlicher Anstieg um 62,9 Prozent. Damals hatten zahlreiche zahlungsunfähige Verbraucher in Erwartung der kommenden Rechtsänderung mit dem Insolvenzantrag gewartet.

Die Gesamtzahl aller registrierten Insolvenzen erreichte damit den höchsten Stand seit sieben Jahren. Zusammen mit den „sonstigen“ Insolvenzen beläuft sich die Gesamtzahl der angemeldeten Insolvenzverfahren im 1. Halbjahr 2021 auf 65.700 (1. Halbjahr 2020: 47.970).

Eine geringe Zahl an Großinsolvenzen hielt die Auswirkungen für Gläubiger und Arbeitnehmer in Grenzen. Von der Insolvenz des Arbeitgebers betroffen waren im 1. Halbjahr 2021 insgesamt rund 90.000 Beschäftigte (Vorjahreszeitraum: 125.000). Die Schäden für die Gläubiger von insolventen Unternehmen beliefen sich auf geschätzt 12,0 Mrd. Euro. Auch hier gab es einen Rückgang gegenüber dem Vorjahreszeitraum (15,6 Mrd. Euro). Zu den größten Unternehmensinsolvenzen im bisherigen Jahr zählt die Adler Modemärkte AG mit mehr als 3.000 betroffenen Arbeitnehmern.

Vorrangig waren im 1. Halbjahr 2021 Kleinstunternehmen von der Zahlungsunfähigkeit betroffen. In der Größenklasse bis maximal 250.000 Euro Jahresumsatz stiegen die Fallzahlen zweistellig. Insgesamt entfiel mehr als die Hälfte aller Firmeninsolvenzen (54,1 Prozent) auf diese Unternehmensgrößenklasse, die sich hauptsächlich aus Einzelunternehmen und Freiberuflern zusammensetzt. Erhöht hat sich das Insolvenzaufkommen auch bei der Rechtsform der Unternehmergesellschaft (UG). Deren Anteil betrug im

1. Halbjahr 10,8 Prozent. 38,6 Prozent der insolventen Unternehmen sind der Rechtsform der GmbH zuzurechnen.

Der Handel, der stärker als andere Wirtschaftsbereiche durch den Lockdown geschwächt war, zeigt in den ersten sechs Monaten ein steigendes Insolvenzgeschehen. Es gab im Handel 1.920 Insolvenzen – ein Plus von 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Nach der Vielzahl an großen Insolvenzen im Handel im Vorjahr (z. B. GALERIA Karstadt Kaufhof) traf es vermehrt kleine und mittlere Firmen. Im Dienstleistungsgewerbe gab es 5.120 Insolvenzen. Auch das war ein leichtes Plus. Im Verarbeitenden Gewerbe war hingegen ein Rückgang festzustellen (minus 23,6 Prozent: 550 Fälle). Auch im Bausektor verringerte sich das Insolvenzgeschehen. Mit 1.210 Insolvenzen verzeichnete das Baugewerbe 4,7 Prozent weniger Pleiten als im 1. Halbjahr 2020.

Der Trend, wonach für viele Insolvenzkandidaten das Aus nicht als junges, sondern erst als etabliertes Unternehmen kommt, setzte sich fort. Mehr als jedes zweite insolvente Unternehmen in Deutschland war bereits 10 Jahre oder älter. Lediglich bei einem Fünftel der Insolvenzen (19,5 Prozent) liegt die Gründung höchstens vier Jahre zurück. Zum Vergleich: 2012 traf es junge Unternehmen deutlich häufiger – damals lag der Anteil der Altersgruppe „0 bis 4 Jahre“ bei 34,3 Prozent aller Fälle. Hintergrund für diese Entwicklung dürfte das rückläufige Gründungsgeschehen insbesondere bei sogenannten Notgründungen (beispielsweise aus der Arbeitslosigkeit) sein, die als anfälliger gelten.

Dort, wo die Gewinnmargen ohnehin niedrig waren, hat die Corona-Krise die Ertragslage zusätzlich unter Druck gebracht. Eine Auswertung der Jahresabschlüsse von rund 26.000 deutschen Unternehmen durch die Creditreform Wirtschaftsforschung zeigt, dass jedes siebte Unternehmen hierzulande (14,5 Prozent) mit einem negativen Ergebnis vor Steuern in die Corona-Krise gegangen ist. Weitere 27,2 Prozent der untersuchten Unternehmen wiesen 2019 eine

sehr niedrige Gewinnmarge auf (bis maximal 5 Prozent). Dünn war die Ertragssituation insbesondere im Sektor „Handel und Gastgewerbe“ – denkbar schlechte Voraussetzungen für einen heftigen Konjunkturunbruch, wie ihn Deutschland im letzten Jahr verkraften musste. Entsprechend hatten sich die Gewinnmargen im Jahr 2020 tendenziell weiter verschlechtert. Das Risiko einer Zahlungsunfähigkeit dürfte damit gestiegen sein.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung
Hammfelddamm 13, D - 41460 Neuss
Leitung: Patrik-Ludwig Hantzsch
Telefon.: (02131) 109-172
E-Mail: p.hantzsch@verband.creditreform.de
Internet: www.creditreform.de

Alle Rechte vorbehalten

© 2021, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hammfelddamm 13, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 22. Juni 2021